

Steuersünder: So gnädig kann der Staat sein

Anmoderation

Anja Reschke:

So, bleiben wir beim Thema Geld. Uli Hoeneß also. Da steht man ja als Normalbürger schon staunend davor. Soviel Geld versteckt im Ausland. Für das er dann erst mal auch keine Steuern zahlt. Und so einer kommt dann vielleicht auch noch straffrei davon. Weil er sich selbst angezeigt hat. Da kommt man schon ins Grübeln. Ist das eigentlich gerecht?

Infratest dimap hat in einer repräsentativen Umfrage gefragt: Halten Sie die Straffreiheit für angemessen?

29% finden ja – die Straffreiheit ist angemessen – 68% halten sie für falsch.

Weitere Umfrageergebnisse können Sie morgen früh im Deutschlandtrend im ARD - Morgenmagazin sehen.

Das Ergebnis der Umfrage überrascht einen jetzt nicht. Klar wirkt Straffreiheit durch Selbstanzeige erst mal ungerecht. Trotzdem halten Politiker von Union und SPD seit Jahren daran fest. Gibt es denn vielleicht wirklich gute Gründe dafür? Haben sich Stefan Buchen, Anke Hunold und Carina Körner gefragt.

Sein Gesicht steht für ein System, das es gerade den Privilegierten erlaubt, straffrei Steuern zu hinterziehen. Millionenerträge soll Uli Hoeneß vor dem Fiskus verborgen haben. Und jetzt will er das Problem auf die bewährte Art lösen, indem er sich anzeigt, die entstandene Steuerschuld nachzahlt, und gut ist.

Diesen Ausweg für Steuerbetrüger bietet ein rettender Paragraph in der deutschen Abgabenordnung: die Selbstanzeige.

O-Ton

Andreas Böhm,

Fachanwalt für Steuerrecht:

„Auch für Uli Hoeneß gilt natürlich, wenn eine Selbstanzeige richtig gemacht ist, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind, dann wird er straffrei und damit ist das natürlich ein gutes Instrument, um die Bestrafung wegen einer etwaigen Steuerhinterziehung zu vermeiden.“

Die Bestrafung durch Selbstanzeige vermeiden. Die regierende Koalition in Berlin findet es gut, dass sich für betuchte Steuerbetrüger dieses Schlupfloch öffnet. Für die Finanzpolitiker der Union ist es eine alte, liebgelebte Tradition.

O-Ton

Klaus-Peter Flosbach,

CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Die Selbstanzeige gibt es in Deutschland seit über 100 Jahren. Das ist ein ganz wichtiges Instrument, um Menschen wieder in die Steuerehrlichkeit zurückzuholen.“

Steuerehrlichkeit? Hoeneß selbst spricht nun von einem schweren Fehler, klingt als ob er sich beim Sündigen ertappt hätte. Doch ist er nur aus innerer Überzeugung auf den Weg der Rechtschaffenheit zurückgekehrt?

O-Ton

Prof. Joachim Wieland,
Steuerrechtler:

„Nach meinem Eindruck ist Herr Hoeneß kein reuiger Sünder. Er hat ja relativ klar geschildert, er hat bis Ende letzten Jahres gehofft, durch das geplante Steuerabkommen straffrei auszugehen. Und erst als die Chance zerstoßen ist, hat er offenbar das Gefühl bekommen, das Risiko ist zu groß und hat dann versucht, mit der Selbstanzeige seinen Kopf noch aus der Schlinge zu ziehen.“

Beim Finanzamt zeigen sich vor allem solche Steuerbetrüger an, die befürchten, dass ihnen die Behörden eh schon auf der Spur sind. Steuer-CDs und andere Lecks haben den Fahndern zuletzt üppiges Beweismaterial geliefert. Betrüger in der Schweiz müssen mit Entdeckung rechnen.

Bleibt der Rettungsanker strafbefreiende Selbstanzeige. Steueranwalt Andreas Böhm vertritt vermögende Mandanten in Not, mit Erfolg, wie er bezeugt.

O-Ton

Andreas Böhm,
Fachanwalt für Steuerrecht:

„Wenn man die Selbstanzeige richtig macht, ist die Erfolgsquote nahe 100 Prozent oder vielleicht sogar vollständig bei 100 Prozent.“

O-Ton

Prof. Joachim Wieland,
Steuerrechtler:

„Die Selbstanzeige im Steuerrecht sollte abgeschafft werden. Die passt nicht in das System, weil der Staat auf der einen Seite sagt: ‚wer seine Steuern hinterzieht, macht sich strafbar‘, und auf der anderen Seite sagt: ‚wenn er dann aber später zahlt, ist alles vergessen‘.“

Kritik, die in Berlin meist auf taube Ohren stößt. Ja, ein bisschen ungerecht sei die Selbstanzeige vielleicht, räumen sogar Koalitionäre ein, weil sie Steuerbetrüger schone, im Gegensatz zu anderen Straftätern. Aber leider sei die Selbstanzeige unverzichtbar. Denn sie bringe extra Geld in die Staatskasse.

O-Ton

Klaus-Peter Flosbach,
CDU-Bundestagsabgeordneter:

„Bei der Selbstanzeige sehe ich keinen Reformbedarf, weil wir als Staat müssen ein Interesse daran haben auch mit wenig Aufwand große Beträge zu kriegen. Die andere Variante ist, wir sagen aus grundsätzlichen Erwägungen, es gibt keine strafbefreiende Selbstanzeige. Damit verzichten wir allerdings auf große Einkommen und sind darauf angewiesen, dass die Steuerfahndung das alles ermittelt.“

Der Steuerfahndung traut man offensichtlich nicht so viel zu. Glück für reiche Steuerbetrüger. Ein gefundenes Fressen für die Opposition? Keineswegs. Ihr oberster Finanzexperte und Kanzlerkandidat will an der Selbstanzeige festhalten, aus volkswirtschaftlicher Vernunft.

O-Ton

Peer Steinbrück,

SPD-Kanzlerkandidat:

„Ich selber möchte jedenfalls auf absehbare Zeit diesen Weg auch nicht verbaut sehen. Denn er führt dazu, dass darüber erhebliche Steuereinnahmen zu Gunsten der Allgemeinheit erzielt werden können.“

Schon wieder eine Gelegenheit verpasst, die Regierung in Bedrängnis zu bringen. Später korrigiert sich Steinbrück: er wolle die Selbstanzeige begrenzen.

Was er und die Regierung übersehen: Als Finanzspritze für die Staatskasse hat die Selbstanzeige ausgedient.

O-Ton

Prof. Joachim Wieland,

Steuerrechtler:

„Das Argument, dass der Staat durch die Selbstanzeigen viel mehr Geld einnimmt, ist deshalb nicht überzeugend, weil tatsächlich ja eigentlich die Selbstanzeige regelmäßig nur erfolgt und Geld nur gezahlt wird, wenn die Entdeckung droht. Und wenn die Entdeckung droht, dann hat der Staat eh eine gute Chance, dass er an sein Geld kommt.“

Und noch eine Frage bohrt: käme jemand wie Uli Hoeneß überhaupt auf die Idee, Geld im Ausland zu verstecken, wenn es die Möglichkeit der Selbstanzeige gar nicht gäbe? Wenn bei Betrug gleich die Strafe drohte?

Wohlmöglich entgehen dem Staat gerade deshalb Milliarden, weil Steuerhinterzieher diesen Notfall vor Augen haben und im Ernstfall sagen können: „Pardon, habe ich nicht so gewollt!“

O-Ton

Prof. Joachim Wieland,

Steuerrechtler:

„Volkswirtschaftliche Argumente sprechen meines Erachtens ebenfalls dafür, die Selbstanzeige abzuschaffen, weil man auf längere Sicht den Druck erhöhen würde, erst überhaupt keine Schwarzgeldkonten zu schaffen, wenn man es ernst macht mit der Strafverfolgung und nicht diesen billigen Ausweg weiterhin zur Verfügung stellt, der jedem die Möglichkeit gibt, zunächst mal Schwarzgeld zu bunkern im Vertrauen darauf, dass er dann immer noch Selbstanzeige erstatten kann.“

Autoren: Anke Hunold, Carina Körner, Stefan Buchen

Kamera: Oliver Lück, Martin Nowak

Schnitt: Irina Tietje, Stefanie Blasch-Freels